

abends

Besitzpreis:  
Ausgabe A mit Woch. Beilage vierseitigblatt  
8.-80 M. In Dresden und ganz Deutschland  
frei 8.-80 M. In Döbeln frei 8.-80 M.  
Ausgabe B vierseitigblatt 8.-80 M. In  
Dresden und ganz Deutschland frei 8.-80 M.  
In Döbeln frei 8.-80 M.  
Singe-Rummer 10 4.  
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen  
Wochentagen nachmittags.

Geschäftsstelle und Redaktion  
Dresden u. 16, Holbeinstraße 10  
Telefon 21386  
Poststelle Leipzig Nr. 14187

# Sächsische Volkszeitung

Einige katholische Tageszeitung in Sachsen.

Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage herausgegeben. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Organ der Zentrumspartei.

Ungeliebt:

Abnahme von Geschäftsmitteln bis 16 Uhr  
von Samstagmorgen bis 11 Uhr nach  
Wieder für die Zeitung 40 M. im Rech-  
men 1 M. Samstagmorgen 20 M.  
Für unbedeutend geschriebene, leichte Kurz-  
nachrichten aufgegebene Anzeigen können wir bei  
Personenwirtschaft für die Rücksicht bei Zei-  
tung nicht übernehmen.

Erschließung der Redaktion  
11-12 Uhr veranlaßt.

## Bei Reichsminister Erzberger.

Zeitung Berlin, 28. Mai.

Herr Reichsminister Erzberger hatte die große Ehrenwürdigkeit, trotz seiner außerordentlichen Anspruchnahme durch Staatsgeiste, mir eine, wenn auch kurze Unterredung zu gewähren. Da die hierbei zur Sprache kommenden Fragen des Friedens sich im Wesentlichen mit den Mitteilungen decken, die unseren Lesern aus meinem Artikel über die deutschen Gegenvorschläge am Mittwoch bekannt sind, beschränke ich mich auf die Wiedergabe der auf die innere Politik bezüglichen Vorfälle, die den Gegenstand unserer Unterredung bilden. Es interessierte mich vor allem, zu hören, welche Aussichten Reichsminister Erzberger der gegenwärtigen Regierung gibt.

Der Minister äußerte sich folgendermaßen:

Wenn ich sage, daß die gegenwärtige Regierung nach Entwicklung der Dinge die denkbar stärkste ist, die das Deutsche Reich überhaupt haben kann, so werden Sie mir glauben, daß ich das nicht sage, lediglich um einen Eindruck solider Stärke zu erwecken. Die gegenwärtige Regierung ist gebildet von den Mehrheitsparteien, den drei stärksten Parteien Deutschlands. Sie stützt sich auf diese Parteien und die hinter ihnen stehende großen Wählermassen, gegen die die äußerste Rechte und äußerste Linke nicht in Frage kommen. Daher ist die gegenwärtige Regierung gegen Angriffe und Aktionen von rechts und links gesichert.

Ich fragte den Minister, ob er dieselben Auffassung sei, augenzwinkert des Ausgangs der Friedensverhandlungen.

Der Minister entgegnete:

Als Antwort frage ich Sie, ob Sie glauben, daß eine Regierung von rechts oder von links irgend welche Aussicht hat, sich zu halten und einen besseren Frieden zu machen, als die jetzige Regierung? Weder eine Diktatur von rechts noch von links wird imstande sein, die Gegner zu verleiten, Deutschland einen besseren Frieden zu gewähren. Jede der beiden Diktaturen würde in Deutschland das Chaos bringen und den Alliierten, jedenfalls einer starken Strömung unter ihnen, nicht unerwünscht sein. Wenn Deutschland in ein solches Chaos versinke, könnte es sich emporarbeiten immer wieder nur an der Hand der drei Mehrheitsparteien. Ohne dieselben ist ein Wiederaufbau des am Boden liegenden Deutschlands nicht möglich. Daher ist es nur ein Ergebnis logischer Überlegung, wenn ich sage: Mag der Friede ausgehen wie er will — das kann heute noch niemand sagen —, die Zusammenfassung der gegenwärtigen Regierung aus Mitgliedern der drei größten Parteien Deutschlands ist die einzige Gewähr für das Arbeiten einer Regierung überhaupt. Ein neues Deutschland ist nur möglich auf der Basis einer solchen Regierung.

Ich fragte den Minister, ob er ohne jeden Vorbehalt an ein neues Deutschland glaube?

Er führte daraufhin mit warmer Überzeugung aus: Wenn ich nicht an ein neues Deutschland glaube, ein Deutschland, das nach den entsetzlichen Erfahrungen dieses Krieges von allen imperialistischen Bestrebungen frei geworden ist (während wir dasselbe von den Alliierten nicht sagen können, die aus dem Frieden geradezu ein Volkwerk des Imperialismus machen wollen), — ich sagte, wenn ich nicht an ein neues, der Arbeit, der Zivilisation und Kultur hingebenes Deutschland glaube, so fahre ich nicht in der Regierung, und kein einziger meiner Kollegen mit mir. Dieser Glaube ist ja das einzige, was uns über die austaurische Lage Deutschlands immer wieder hinweghilft. Aber dieser Glaube ist nicht nur Glaube, er ist Gewissheit. Die Vergangenheit bietet die beste Gewähr dafür, daß unser Volk von Natur aus zur Arbeit und hochgepflanzter Leistung begabt ist. Denn das freilich ist die fundamentale Voraussetzung aller Zukunft Deutschlands, daß das ganze Volk, Kopf- und Händarbeiter, in Werkstatt, Fabrik und Kontor alle Kräfte bis aufs äußerste anspannen. Das Arbeit muss wieder in ihre heiligen Rechte eingefügt werden. Nur wenn sich alle Hände regen, haben wir eine Zukunft, wir schaffen sie mit jeder Bewegung der werktätigen Hand selbst. Wenn im ganzen Deutschen Reich alle diese Hände vor Augen haben, wenn alle geeint sind in dem Willen, auf diese Weise zum Wiederaufbau des Vaterlandes beizutragen, können wir nicht untergehen. Alle Parteien und Kllassen müssen mithelfen, wir müssen in der Arbeit ein einzig Volk sein.

Hier wurde der Minister zu einer Sitzung abberufen. Bevor ich mich verabschiedete, sagte er noch:

In einem zweiten Ziel muß das deutsche Volk eben-

falls über alle Parteiunterschiede hinweg einig sein: dem der Einheit des Reichs. Wir haben sie erkämpft wie kein anderes Volk Europas. Unsere Gegner bedrohen dieses unser höchste Gut, unsere nationale Einheit, indem sie lebenswichtige deutsche Gebietsteile aus dem Körper des Reiches abtrennen wollen. Aber ebenso schwer, wie uns dies treffen würde, ja, in gewissem Sinne noch schwerer muß es das deutsche Volk treffen, wenn Teile des Reiches die Absicht haben sollten, um materieller Vorteile willen dem Reich den Rücken zu kehren. Die unverantwortlichen Kreise, die solche Strömungen ins Leben rufen und fördern, wie wir sie aus der Pfalz und im Rheinland kennen, sehen in ihrer erbärmlichen und feigen Einstellung auf materielle Vorteile nicht, daß sie mit Überlegung den Zustand der deutschen Kleinstaaten wieder herbeiführen, der notwendigerweise zur Abhängigkeit von den Nachbarmächten führt und der vom deutschen Volk mit vieler Mühe überwunden worden ist. Ich stehe nicht an, das Treiben dieser Persönlichkeiten im wahrsten Sinne des Wortes als hochverräterisch zu bezeichnen. Ich hätte gewünscht, daß dem Ausland nicht vergönnt gewesen wäre, diese Erscheinung gerade in Deutschland festzustellen. Das ganze deutsche Volk wird für ein solches Verhalten von Leuten, die die Aussichtslosigkeit ihrer Absichten an der Reichstreue der im Begriff kommenden Bevölkerung wohl schon erkannt haben mögen, nur das Wort erbärmlich übrig haben. Die Not allüberall im deutschen Volke ist groß. Darüber gibt es keinen Zweifel. Aber Not eint und das natürliche Empfinden ist, daß man gemeinsame Not gemeinsam tragen und sich nicht um dieses Gemeinsame zu drücken versucht. Wenn diesen Leuten diefe Asstandsgefühl abgeht, so kann es ihnen der Staatsanwalt wieder in Erinnerung bringen. Jeden einzelnen im Volk geht diese Angelegenheit an. Wir müssen alle für die Einheit des Reiches kämpfen, und es ist eine erfreuliche Tatsache, daß sich in dieser Überzeugung alle Parteien ohne Ausnahme von den äußersten Rechten bis zur äußersten Linken einig sind. Das Reich wird und kann nicht auskannt werden an den Treibereien einiger Hochverräte.

Schon vorher hatte Herr Minister Erzberger mir unter Überreichung eines höheren Betrages seinen Beitritt zum Katholischen Preßverein für Sachsen als Förderer erklär. Er will damit zum Ausdruck bringen, wie notwendig er gerade in der Zeit der Unterstützung unserer Zentrumspresse erachtet.

Paul Sehlein.

## Bis an die Grenze des Möglichen.

Von unserem Berliner Vertreter.

Wer den Entwurf der deutschen Gegenvorschläge mit Aufmerksamkeit durchgelesen, muß anerkennen, daß die deutsche Regierung in ihrer Friedensbereitschaft nicht weiter gehen konnte, als es jetzt gegeben ist. Große Opfer wollen wir freiwillig auf uns laden. Man denkt nur an die Zahlung von zwanzig Milliarden bis zum Jahre 1926 und weiter 80 Milliarden im Laufe der nächsten Jahrzehnte. In weiten Volkskreisen wird man gewiß über dieses Anerbieten höchst erstaunt sein und die Frage stellen, ob wir diese Entschädigungssummen überhaupt zu leisten in der Lage sein werden. Auch bei der Entente und in der ganzen Welt wird das deutsche Anerbieten gewiß das größte Aufsehen erregen. Die Gegner werden wohl nicht erwartet haben, daß Deutschland sich zur Tragung einer solchen Riesensumme bereit erklären würde. Es wird auch sicherlich nicht an Stimmen fehlen, die unseren Vorschlag als Bluff bezeichnen werden. Aber es ist nicht deutsche Art, die Welt zu täuschen. Die Vertragstreue wird uns heißen. Schon während des Waffenstillstandes haben wir den besten Beweis erbracht, daß wir die Verpflichtungen, die wir auf uns nahmen, auch erfüllen. Wenn unsere Gegner ehrlich sein wollten, dann müßten sie zugeben, daß wir mehr geleistet, als sie selber wohl erwartet haben. Deutschland ist auch jetzt bereit, all das zu erfüllen, was es jetzt freiwillig auf sich nimmt. Die Ansprüche an unser Volk werden gewiß groß sein. Deutschland ist verarmt und vereidend, eine gewaltige Schuldenlast haben wir im eigenen Lande zu tragen, Kriegerwitwen und Waisen und das große Heer der Invaliden wollen unterhalten werden. Hinzu kommen noch die Niederkosten, die wir für Einführen unserer Lebensmittel und Rohstoffe dringend aufzubringen müssen. Unsere Regierung und unsere Volksvertretung sind sich keineswegs im Unklaren gewesen über die Größe des Opfers, die wir leisten wollen. Aber der Heroismus unseres Volkes, die Liebe zum Vaterlande sind so groß, daß

wir alle diese Opfer gern auf uns nehmen, wenn wir endlich damit zum Frieden kommen. Verlangen müssen wir aber, daß unsere persönliche Freiheit gewahrt bleibt. Deutschland darf nicht zerstört werden, die Gegner müssen ihre Ansprüche auf rein deutsche Gebiete aufgeben, denn nur dann erscheint unsere Arbeitskraft gefüllt, und nur dadurch haben wir die einzige Möglichkeit, die Werte zu schaffen, die wir zur Aufrichtung der Entschädigungssumme brauchen. Unsere Forderung auf Behaltung der strittigen Gebiete im Osten und Westen sind zudem dadurch vollauf gerechtfertigt, daß alle diese Landesteile rein deutsch sind und deutsch bleiben wollen. Das gilt für das Saargebiet und die Pfalz, es gilt auch für Oberösterreich, Westpreußen, Danzig, Ostpreußen und für einen Teil von Polen. Wir haben uns damit abgefunden, auch territoriale Opfer zu bringen. Den Verlust von Elsass-Lothringen werden wir nicht leicht verzögern, doch finden wir uns auch damit ab, wenn eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit der Bevölkerung entscheidet. Es ist unser ehrlichster Wunsch, endlich eine Streitfrage aus der Welt zu schaffen, die zum Anlaß zweier großer Kriege gewesen ist. Wenn die Bewohner der ehemaligen Reichslande sich bereit erklären, nach Frankreich zu gehen, Deutschland wird nicht dagegen protestieren, der Schrei nach Gewaltsam wird nie in wahrer Londe und Volke wachsen. Der Wille der Elsass-Lothringen soll und wird uns heilig sein. Für das linksrheinische Gebiet verlangen wir sofortige Räumung innerhalb sechs Monaten. Es ist das eine Lebensnotwendigkeit für unser Volk und unsere Industrie. Wir müssen mit dem Rheinlande frei verkehren können. Die Vorgänge in den letzten Wochen in der Pfalz haben auch bewiesen, daß diese Forderung mehr als berechtigt ist. Die Bevölkerung ist allen Abtrennungsbemühungen völlig fremd. Unter dem Schutze und der Begünstigung der Besatzungskräfte war es möglich, daß gewisse Kreise an die Ausrufung einer pfälzischen Republik auch nur denken konnten.

Oberschlesien ist deutsch. Die Bevölkerung hat in den letzten Tagen wiederholt und feierlich erklärt, beim Reich bleiben zu wollen. Ein himmelstreibendes Unrecht wäre es, wenn trotzdem von unseren Feinden verlangt werden sollte, das Gebiet an Polen abzutreten. Was für Schlesien gilt, gilt auch für West- und Ostpreußen. Deutschland wird sich niemals bereit erklären können, diese Lande an fremde Herren abzutreten. Wenn wir trotzdem die Abstimmung vorgezogen haben, so gelahnt das aus dem Grunde, um auch hier unseren ehrlichen Friedenswillen zu befinden. Auch hier wird das Resultat der Abstimmung für uns bindend sein. In der Danziger Frage hat unsere Regierung wirklich das weitestgehendste Entgegenkommen gezeigt. Selbst die Feinde werden das zugestehen müssen. Weiter könnten wir nicht gehen. Die Polen haben keinerlei Anspruch auf diese urdeutsche Stadt und auf seinen Hafen. Aber trotz alledem wollen wir ihnen Gleichberechtigung dort zugestehen, sie können eigene Hafenanlagen erbaun oder schon vorhandene packen. Ihre Waren sind so frei wie die unsrigen. Selbst für Eisenbahnen und die Nutzung der Weichsel in ihrem deutschen Lauf erwähnen wir ihnen große Zugeständnisse. Die Ansprüche der Polen hätten wirklich nicht besser berücksichtigt werden können, als es in unseren Gegenvorschlägen getan.

Auch in allen anderen Fragen hat unsere Regierung überall nachgegeben. Deutschland will sich völlig wehrlos machen, die allgemeine Wehrpflicht abschaffen und nur soviel Soldaten halten, wie die Entente uns angibt. Alle Kriegssünden liefern wir aus. Wo in der Geschichte hat ein Volk jemals einen besseren Beweis seiner friedlichen Friedensliebe erbracht?

Nun sieht es bei unseren Gegnern, die Entscheidung zu füllen. Die deutschen Gegenvorschläge sind von dem Wunsche allen gerecht zu werden, distiert. Ob die Feinde das erkennen werden? Wenn sie jetzt trotz unserer Nachgiebigkeit, trotz aller Opfer, die wir freiwillig auf uns genommen, noch immer auf ihrem Vernichtungswillen bestehen sollten, dann haben sie auch die Verantwortung zu tragen, wenn der Friede nicht zustande kommt. Die ganze Welt wird anerkennen, daß Deutschland unmöglich mehr tun konnte, als es scheinen ist. Wir sind bis an die Grenzen des Möglichen gegangen. Mit ruhigem Gewissen dürfen wir in die Zukunft schauen. Wie immer auch die Entscheidung ausfallen wird, wir haben unsere Pflicht getan, wir haben der Welt unseren Friedenswillen bewiesen. Deutschland trifft keine Schuld, wenn nun trotzdem nicht der Friede kommen sollte!

## Die Hochverratsbestrebungen im Rheinland.

### Die Verhandlungen im preußischen Parlament.

Berlin, 28. Mai. Zu der Sitzung der preußischen Landesversammlung wurden die Anträge wegen der Bestrebungen zur Gründung eines neutralen Rheinland verhandelt. Der Demokrat Janien warf der Regierung vor, daß sie sich mit der Einheitsartikulationsliste der rheinischen Proklamation nicht fümmere. Arroberger habe bei den Verhandlungen zwischen dem General-Major und den rheinischen Parlamentariern eine führende Rolle gespielt. Bei einer Verteilung des Rheinlandes würde eine starke Riedenta entstehen. Der Deutschnationale Linne-Mann meinte, nach der Erklärung des Rheinlandes vom 25. März habe man geahnt, daß von einer westdeutschen Republik nicht mehr die Rede sei; die Zukunft des Rheinlandes sei mit Preußen-Deutschland un trennbar verbunden.

Am Verlauf der Debatte ergriff der preußische Ministerpräsident Hirsch das Wort und führte u. a. aus: Verschiedene deutsche Politiker, darunter auch Mitglieder der preußischen Landesversammlung, hätten leider mit den Feinden verbündet, wobei nicht nur eine Anhäufung der französischen Klände sondern gerade eine Erleichterung der feindlichen Bestrebungen in der Richtung auf Schaffung eines selbständigen Rheinlandes angeboten wird. Er könne nicht sagen, ob das Material zu einer Anklage wegen Hochverrats gereiche. Nach einem neuen Bericht über die Vorläufe in Mainz habe General-Major die Ansicht ausgewiesen, daß die Sozialisierung in Deutschland die Ordnung stören würde. Der neue Freistaat sollte neutral werden und dem Völkerbund unterstehen. Deutschland solle das Recht zum Mitspracherecht haben. Wenn diese mitgeteilten Tatsachen richtig seien, dann liegt allerdings Hochverrat vor und dann werde die Anerkennung von ihren Mitgliedern abgelehnt. Die Bestrebungen an den Volkskongressdelegationen haben zweitens eine schwere Schulde am ganzen deutschen Volke auf sich, indem sie die transjüdischen Bestrebungen bestimmen, den deutschen Platzabreich auf das rechte Rheinufer zu befrachten. Ein deutscher Freistaat könnte sich außerhalb des Verbandes des Deutschen Reiches überhaupt nicht halten. Verschiedene Bestimmungen des Rheinlandes wären daran hin, daß diese neue Staatsbildung sich außerhalb des Rahmen des Deutschen Reiches vollziehen sollte. Die Konservativen seien über, daß diese Bestrebungen von der Proklamation im großen ganzen abgelehnt würden und daß dem Feinde bei weiteren Verhandlungen sich das deutsche Selbstbewusstsein des ganzen Reiches entgegenstellen würde. Die Rheinländer könnten sicher sein, daß die rheinische Verwaltung von Seiten des Reiches neuen Männer übertragen werden würden, die allietische Verträge annehmen und für festen Zusammenhalt des Rheinlandes mit dem übrigen Reich Pflichten hätten.

Am weiteren Verlaufe kam es zwischen den äußersten Linken und den äußersten Rechten zu so erregten Auseinandersetzungen, daß die Verhandlungen in dem Innern zeitweise völlig untergegangen und es bald zu Handgemenge kam. Der Grund dazu war ein idiotischer Vorstoß des unablässigen Abg. E. Söder, der behauptete, daß die rechtsstehenden Parteien an dem heutigen Glend die Schuld trügen.

Nach der Verpredung der Anträge führte der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei Dr. Kohle aus, daß es sich nur um eine kleine Eliane handele und daß der Mann, der in erster Linie genannt wird, ein erst vor kurzen noch Besessener verzogener Staatsanwalt sei. Ein neutrales rheinischer Staat unter dem Schutze des Völkerbundes sei Vandalismus. Der Zentrumssabgeordnete Herold erklärte, daß das Zentrum von den Bestrebungen in Mainz keinerlei Kenntnis hatte.

### Die Haltung der Reichsregierung.

Berlin, 28. Mai. Die Reichsregierung erlässt folgende Verordnung: Nach zuverlässigen Nachrichten besteht der verbrecherische Plan, die Provinz Rheinland zu einer selbständigen Republik umzuwandeln. Verfassungsmäßig bildet die Provinz Rheinland einen Bestandteil des preußischen Staates. Wer es unternimmt, diese verfassungsmäßigen Zustand durch Loslösung der Provinz Rheinland vom preußischen Staatsgebiete zu ändern, macht sich des Hochverrates schuldig, der nach § 81 des Reichsstrafgesetzbuches mit lebenslänglichem Haftstrafe oder lebenslanger Gefängnishaft bestraft wird. Die Strafverfolgungsbehörden sind verpflichtet, gegen jeden an den hochverrätischen Umrissen Beteiligten mit der vollen Schärfe des Gesetzes einzuschreiten.

### Protest der Sozialdemokraten.

Berlin, 28. Mai. Die Sozialdemokratische Partei in Köln hat für die nächsten Tage große Protestversammlungen gegen den hochverrätischen Plan einberufen, das Rheinland von Deutschland zu trennen. Das Kabinett hat sich gestern abend mit den Kommissionen in Mainz, Koblenz und Köln besetzt. Dabei ist der Gedanke der Ernennung eines Staatskommissars vorbereitet worden, da diese Einrichtung sich in Schleswig und Überholzen bewährt hat.

### Die Haltung des rheinischen Zentrums.

Frankfurt a. M., 28. Mai. Nach zuverlässigen Mitteilungen aus Koblenz hat dort noch keine Auskunft einer rheinischen Republik stattgefunden. Die Zentrumsführer haben sich kräftig gegen diese Bestrebungen aussprochen und wenden sich nur einverstanden erklären, wenn die Auskunft von der deutschen Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung ausginge und im Friedensvertrag ausdrücklich festgelegt würde.

## Die Friedensverhandlungen.

**Die Übergabe der deutschen Gegenvorschläge.**  
Versailles, 28. Mai. Reichsminister Graf Brodorff-Monck hat heute namens der deutschen Friedensdelegation dem Ministerpräsidenten Clemenceau den ersten Teil der ausführlichen deutschen Denkschrift zu dem von den Siegern überreichten Friedensvertragsentwurf mit einer kurzen Begleitnote übermittelt. Der Rest der Denkschrift wird am Donnerstag vormittag übergeben zusammen mit einer Grundgedanken und Vorschläge der Denkschrift erläuternden Mantelnote.

**Versailles, 29. Mai. (Reuter)** Der zweite Teil der deutschen Gegenvorschläge wurde auf dem Sekretariat der Konferenz heute nachmittag um 2 Uhr 15 Min. übergeben.

### Die deutsche Gegenforderung.

Amsterdam, 29. Mai. Aus Paris wird gemeldet, daß die Deutschen eine Gegenforderung von 12850000000 M. für den durch die Blockade angerichteten Schaden überbringen. Dieser Betrag soll von der Entschädigungsumme, die den Verbündeten zu ertragen ist, abgezogen werden.

### Abreise deutscher Delegierter.

Versailles, 28. Mai. Heute nachmittags sind 30 Mitglieder der deutschen Friedensdelegation, in der Hauptioche Zadkiewiczy, im Sonderzug nach Deutschland zurückgekehrt, da ihre Aufgabe, nämlich die Ausarbeitung und Vorbereitung der großen Denkschrift, erledigt ist. Mit dem heutigen Abendzuge werden noch einige weitere Mitglieder der Delegation in die Heimat zurücktreten.

### Die Adriafrage.

Versailles, 28. Mai. Der "Matin" meldet, daß Orlando sich zu weitgehenden Zugeständnissen auf der Grundlage der vom Obersten Hofe vorausgeschlagenen Transaktion bereit erklärt, gemäß welcher Italien eine Freistadt wird, die diplomatisch von Italien vertreten ist. Dalmatien wird Südtirol überlassen mit Annahme der politischen Bezirke Iosa und Sebenico. Dieser Vorschlag ist das Höchstmaß italienischer Gnade. Wilson verfügte in langen Ausführungen, Orlando zu überzeugen, er möge sein Land zu viel größeren Verzichtleistungen verlassen. Orlando antwortete, das sei unmöglich. Man bemüht sich weiter, den Konflikt beizulegen, wobei momentlich Clemenceau und Lloyd George eine große Tätigkeit an den Tag legen.

## Die Kundgebungen zum Friedensvertrag

### Die Ostmark

Marienburg, 28. Mai. In letzter Stunde vor den größten Entscheidungen der Weltgeschichte versammelten sich die Vertreter der deutschen Volksräte aus Posen und Westpreußen sowie der entsprechenden Organisationen aus Ostpreußen, um Richtlinien für die Handlungen der nächsten Tage zu gewinnen. Sie faßten folgenden Besluß:

Wir stehen unerbittlich fest auf dem Boden, daß der uns angebotene Friedensvertrag unabdingt abzunehmen ist. Wir erkennen ziemlich genau an, daß der Gegenentwurf der deut. Reichsregierung geeignet ist, die Grundzüge der Willenschen Ideen in die praktische Politik einzuführen, weisen aber darauf hin, daß auch eine teilweise Annäherung davon in den besetzten Gebieten der Provinz Posen den Geist in sich tragen für die Verewigung des deutsch-polnischen Streites, für die Verewigung des nationalen Hasses und der Beleidigung mit allen ihren bösen Folgen für die gesamte Kultur der von Deutschen und Polen bewohnten Gebiete. In dieser Lage wenden wir uns noch einmal an sämtliche Bewohner des deutschen Ostens ohne Unterschied ihrer Muttersprache mit der Aufforderung, die Frage der Ostmarken nicht von außen regeln zu lassen, sondern durch einen Ausgleich von der Bevölkerung der betreffenden Gebiete selbst. Am deutsch-polnischen Ausgleich werden die kulturellen Güter, die wirtschaftlichen sowohl wie die geistigen, beider Nationalitäten am besten gestaltet werden im Rahmen eines großen freien Reichstaates, der die Gleichberechtigung der Nationalität unbedingt wahrt. Wir erwarten, daß das polnische Volk uns durch Ablehnung dieses Friedensvorstehes nicht zwingt, unsere ererbten Rechte mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Denn darüber soll vor der ganzen Welt kein Zweifel bestehen, daß die deutschen Ostmarken wie ein Mann aufstehen werden, um das Erbe ihrer Väter, das ihnen gezeigt werden soll, mit allen Mitteln zu verteidigen. Ein solcher Krieg in der Ostmark, den die Polen hier entlaufen würden, wäre einer der blutigsten Kriege, den wir kennen. Im Angesicht der ehrwürdigen Marienburg gewinnen wir aus der glorreichen Vergangenheit die Kraft, um uns heute zu dem Gelöbnis zu vereinen, stark zu sein, um den Brudergeist der jüngsten Zeit zu vergessen, als auch alle Opfer auf uns zu nehmen, um unsere Heimat vor Verklostung zu retten.

### Beschlüsse des Zentralrates.

Berlin, 28. Mai. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik hat bei seinen Beratungen am 26., 27. und 28. d. Ws. die Einberufung eines Drei-Räte-Kongresses abgelehnt. Zur Friedensfrage hat der Zentralrat eine Entschließung angenommen, die sich gegen die unverbüten und unerschöpflichen Friedensabredungen, die Entziehung alter Arbeitsmöglichkeiten durch sie, die Abtreibung deutscher Arbeitnehmer gegen den Willen der Bevölkerung und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und die darinliegende Entziehung unentbehrlicher Grundlagen seines wirtschaftlichen Lebens wendet und an die Arbeiterschaft der Verbandsländer appelliert, im Interesse eines dauernden Friedens ihre Stimme gegen diese Bergemäßigung eines ganzen Volkes zu erheben. Von der deutschen Regierung und der Friedensdelegation erwacht der Zentralrat bisße Vorläufe, um die von uns anerkannten Ansprüche der Verbandsländer zu erfüllen, und kräftige, positive politische Arbeit, um den Geist, der jetzt aus den Friedensbedingungen spricht, durch den Geist der Veröf-

nung in Verständigung zu erlösen. Ferner hat der Zentralrat verfügt, die preußische Staatsregierung, um baldige Vorlegung eines Entwurfs über die Verwaltungsreform und die Regierungen der übrigen deutschen Freistaaten um einheitliches Vorgehen mit der preußischen Regierung zu erlangen, bis zu Durchsetzung der Verwaltungsreform über das System der politischen Arbeiterräte zur Sicherung der revolutionären Errungenchaften in Wirklichkeit zu lassen. Die Behörden, bei denen die Kontrolle stattfindet, sollen die Arbeiterräte begleiten. Schließlich wurde ein Antrag auf sofortige Ernennung eines neuen Unterstaatssekretärs im Kriegsministerium angenommen.

### Die französischen und englischen Sozialisten

Versailles, 28. Mai. Das Nationalkomitee der Confédération générale du Travail erörterte gestern nochmals das Friedensproblem und nahm schließlich mit allen Stimmen bei zwei Enthaltungen einen Antrag an, in dem erklärt wird, daß der Vertrag eine Vereinigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sei, Gebiete in verloppeter Weise annexiere, die Verpflichtung bezüglich der Gesellschaft der Nationen verlange, zu den alten Verbündeten zurückzukehren, die allgemeine Abstiftung unmöglich mache, den Kolonialismus fortsetze, daß ihm jegliches internationales Finanzsystem fehle, daß ihm ein internationaler wirtschaftlicher Organisationsfehle, daß er den wirtschaftlichen Krieg und die Blockade fortsetze, daß jede wahre internationale Arbeiterschaft im Vertrage fehle. Das Nationalkomitee verlangt schließlich eine Revision des Vertrages und erklärt, daß gegen den Grundzügen eines Friedens der Freiheit und Gerechtigkeit die Arbeiterschaft Frankreichs entschlossen sich verpflichte, sowohl durch eine nationale Aktion, wie durch gemeinschaftliche Anstrengungen mit den Arbeitern anderer Nationen auf die Entwicklung eines wahren Völkerfriedens hinzuwirken. Die Delegation der französischen Gewerkschaften wird diesen Standpunkt auf der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam vertreten.

Hag, 28. Mai. Aus London wird gemeldet: Am Trafalgar Square fand eine Demonstration der sozialistischen Arbeiterschaft statt, bei der Tom Mann eine Agitationssrede hielt. Nachdem er die Friedensbedingungen abgelehnt und gegen die Fortsetzung der Blockade Deutschlands Einspruch erhoben hatte, fuhr er fort: Die Arbeiter von Auhland haben alle Angelegenheiten erfolgreich in die eigenen Hände genommen. Auch wir müssen das gleiche tun. Ich predige öffentliche Revolution. Ich vertraue darauf, daß die Revolution im Anzuge ist.

### Niederländische Stimmen.

Rotterdam, 28. Mai. Der "Nieuwe Rotterd. Courant" veröffentlicht einen von vielen hervorragenden niederländischen Persönlichkeiten unterzeichneten Aufruf, in dem im Namen der Menschlichkeit und im europäischen Geiste folgende Forderungen aufgestellt werden: 1. Sofortige unverzügliche Rückwendung aller Kriegsgefangenen und Internierten. 2. Umsfangreiche und schnelle Zufuhr von Lebensmitteln, Viehfutter und Rohstoffen nach Mittel-Europa. 3. Vollkommene sofortige Wiederherstellung des freien Weltverkehrs ohne jede Beschränkung. 4. Der Friede darf in seiner Sicht die Fortsetzung des Krieges bedienen.

### Militärischer Druck.

Frankfurt, 29. Mai. In allen Orten Rheinhessens wurde eine Bekanntmachung der französischen Militärbehörde angekündigt, die besagt, daß bei Eintritt des Kriegszustandes jeder Verkehr mit dem unbeküten Gebiet aufhört, daß in militärische Militärschiffen interniert und nach Frankreich gebracht werden, sobald einzelne Personen machen über die Grenze zu gehen. Die Rheinbrücken sind für Fußgänger bereits gesperrt worden.

Der "Frankfurter Zeitung" wird von verschiedenen Seiten mit Bestimmtheit versichert, daß die französischen Beschaffungsbehörden seit heute früh die von ihnen bisher befreit gehaltenen Waren einfuhr aus dem befreiten ins unbesetzte deutsche Gebiet völlig gesperrt haben.

### Um die Pfalz.

Auf die wiederholten Nachweise staatsfeindlicher Ver tätigung der französischen Besatzungsbehörden in der Pfalz und auf die Proteste vom 23. und 24. Mai hat Marschall Foch der deutschen Waffenstillstandscommission am 27. Mai antworten lassen:

Während der ganzen Dauer des Kriegszustandes hatten allein die Militärbehörden die Hoffnung, zu beurteilen, ob die Freiheiten der deutschen Soldaten gegen die Feindseligkeiten der französischen Militärbehörden gegen die Interessen der Besatzungstruppen sind oder nicht; infolgedessen kann der Einspruch der deutschen Kommission nicht entgegengenommen werden.

Sofort hat Reichsminister Erzberger durch den Vorstand in Speyer Generalmajor Freiherrn von Ham melstein erwidert:

In der Erklärung des Marschalls Foch, die General Rudolf in der Sitzung vom 27. Mai verlesen hat, wird abgelehnt, die deutschen Einheiten vom 28. und 29. Mai gegen den Bruch des Waffenstillstandsabkommen in die Pfalz entgegenzutreten. Diese Ablehnung hindert mich nicht, noch einmal vor aller Welt festzustellen, daß in der Pfalz durch die französischen Besatzungsbehörden fortgesetzte Akte der Verwaltung gegen das Völkerrecht und gegen das Waffenstillstandsabkommen verübt werden. In der Note vom 25. habe ich schon einen Teil der Proklamation des Generals Gerard vom 24. Mai 1919 aufgeführt, in der er pflicht- und rechtmäßige Handlungen deutscher Behörden gegen Hochverräte als Missbrauch ihrer Amtsbefugnisse erklärt. In dieser Proklamation befindet sich nun auch der Satz: "Die französische Militärbehörde hat es bis jetzt vermieden, eine politische Propaganda, welche Art sie auch sei, zu machen. Offenbar hat General Gerard bei der Abschaffung dieser Proklamation nicht an die Möglichkeit ge-

deut, daß der vom 28. 5. 1919 hätte er nicht, daß genommen dam befand in meiner langen Text dieser

Auf d. gebaut. Deut. sitzen zu folgende An-

"Die l. i. e. Stellu. bandes von das die Au. rungen, als kommen b. halten, nicht. deutsche Reg. Räumung e. leicht ihre Ehrenbahnmal. der befe. noch länger hat bereits ausgebrochen des Artikels "rou" nach punkt beige. könnten, u. rechten sind.

Infolge ordnung der und Stelle dem Stand. Truppen, und gehörte Grenzen n. evange

Dresd. gel. Iut. gesamm. Direktors S. der Zahl im das der Ver auf rund 12 stand mit Dezen. w. schlossene. G. eine offe. sucht war. Archent. die Aufga. ziehung i. tete in erste. und e. haltung. der Agionskun. s. le. in. Luther. ei. Verionium. an, in der e. Schule. die drohen. hauses dur. demokratis. lichen. Re. Resolution. und Gewisse. Parteien der. die Einsti. weise von. beobh. S. das Recht der. und Religion. enblätigt die. heit einer. das Recht de. sozialen. Morali. ein sogenan. eines Kompl. freier. kein Hind. erwartet wi. und Gehenn. festhält. Bo. ligionsunter. die Freigabe. Glaubensgen. Abwehr auf.

Die Roh. in den le. Befreiung. Eisenbahnbet. ange diese K.

dacht, daß ich im Besitz des Befehls seines Oberkommandos vom 16. 5. sein könnte, den ich in meiner Note vom 23. 5. 19 General Rudant in Abschrift übermittelt habe. hätte er mit dieser Möglichkeit gerechnet, so glaube ich nicht, daß er einen solchen Satz in die Proklamation aufgenommen hätte, der nicht nur im offenen Gegensatz zu dem bekanntgegebenen Geheimbefehl, sondern auch zu der in meiner Note vom 6. 4. 19 von der Bevölkerung verlangten Erklärung steht. Ich lege daher auch gegen den Text dieser Proklamation feierlich Verwahrung ein."

### Die deutschen Osttruppen.

Auf die am 24. Mai gestellte Forderung des Verbandes Deutschland habe alle Streitkräfte in Lettland und Estland aufrechtzuhalten, hat Reichsminister Erzberger folgend Antwort überreichen lassen:

Die deutsche Regierung hat zu wiederholten Male ihre Stellungnahme zu dem Artikel 12 des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 dahingehend präzisiert, daß die Auffassung der verbündeten und assoziierten Regierungen, als ob wir im Artikel 12 die Verpflichtung übernommen hätten, unsere Truppen so lange im Ostgebiet zu belassen, bis die Verbündeten ihren Abzug für zweckmäßig halten, nicht der getroffenen Auffassung entspricht. Die deutsche Regierung hat seinerzeit, als von uns die sofortige Räumung verlangt wurde, mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit ihrer raschen Ausführung wegen des Mangels an Eisenbahnmateriel und im Hinblick auf das bedrohte Schicksal der besetzten Gebiete darum gebeten, unsere Truppen noch länger belassen zu dürfen. Die deutsche Regierung hat bereits in der Note vom 27. Dezember 1918 sich dahin ausgesprochen, daß die Worte in der endgültigen Fassung des Artikels 12 „des que les Alliés jugeront le moment venu“ nach ihrer Auffassung lediglich den äußersten Zeitpunkt bezeichnen, zu dem wir die Gebiete besetzt halten können, und nicht etwa den frühesten, zu dem wir bezieht sind, sie zu räumen.

Infolgedessen kann die deutsche Regierung eine Anordnung der Beibehaltung der deutschen Truppen an Ort und Stelle nicht anerkennen und muß vielmehr auf den Standpunkt beharren, daß sie sämtliche deutsche Truppen, die sich noch auf dem vor dem Kriege zu Russland gehörigen Gebiet befinden, hinter die deutschen Grenzen nach ihrem Ermessen zurückziehen kann."

### Ein Protest des evangelisch-lutherischen Schulvereins.

Dresden, 30. Mai. Der Allgemeine evangelisch-lutherische Schulverein trat gestern im evangelischen Vereinshaus zu seiner 10. Hauptversammlung zusammen. Aus dem Jahresbericht des Geschäftsführenden Direktors Dr. Kröpatsch ging hervor, daß die Mitgliedergeschäft im letzten Geschäftsjahr um 1528 gestiegen ist, so daß der Verein jetzt über 12 000 Mitglieder zählt, die sich auf rund 1500 Orte Sachsen verteilen. Der Gesamtverband mit Herrn Oberverwaltungsgerichtsrat von der Döse wurde einstimmig wiedergewählt. An die geschlossene Mitgliederversammlung schloß sich am Abend eine öffentliche Versammlung, die sehr stark besucht war. Den Hauptvortrag hielt Herr Geheimer Justizrat Professor Dr. Thoms-Lippig über die Aufgaben der Bekennniskirche für die Erziehung ihrer getauften Glieder. Der Redner forderte in erster Linie, daß unsere Kirche eine Bekennniskirche und eine Volksskirche sei, ferner wünschte er die Festhaltung in der Kindertasse. Die Unterweisung im Religionsunterricht und die Gewährung der Privatschule für das christliche Haus. Ohne den Katechismus Luthers sei ein Religionsunterricht nicht möglich. Die Versammlung nahm im Anschluß hieran eine Entschließung an, in der es u. a. wie folgt heißt: Der Allgemeine evangelische Schulverein erhebt entschieden Einspruch gegen die drohende Vergewaltigung des christlichen Elternhauses durch die Sächsische Volkskammer. Die sozialdemokratische Mehrheit hat unter Mißbrauch ihrer augenblicklichen Gewalt und unter Bruch des bei Beginn der Revolution feierlich gegebenen Versprechens voller Glaubens und Gewissensstreitheit trotz des Protestes aller bürgerlichen Parteien bereits in zweiter Lesung im Verfassungsausschuß die Einführung der religiösen Schule mit zwangsläufige von allen Kindern zu besuchenden Moralunterricht beschlossen. Wir fordern für christliche Eltern und Gemeinden das Recht der Selbstbestimmung über den christlichen Schul- und Religionsunterricht ihrer Kinder. Sollte die Volkskammer endgültig die religiöse Schule beschließen oder die Wehrheit einer Einzelgemeinde für diese eintreten, so fordern wir das Recht der Dispensation von den unbiblischen, bekennnislosen Moralunterricht dieser Schule für alle Eltern, die es wünschen. Dasselbe Recht fordern wir für den Fall, daß ein sogenannter allgemeiner Religionsunterricht auf Grund eines Kompromisses beschlossen werden sollte. Der Errichtung freier Volkschulen neben der Staatschule darf kein Hindernis bereitet werden. Von unserer Kirche erwarten wir, daß sie unter allen Umständen an Christ und Bekennnis als Grundlage ihrer Arbeit am Volke festhält. Vom Staat aber fordern wir, die für den Religionsunterricht notwendigen Räume in den Schulen und die Freigabe geeigneter Unterrichtsstunden. Wir rufen alle Glaubensgenossen im Lande erneut zur Sammlung und Abwehr auf.

### Nachrichten aus Sachsen.

Kein neuer Fahrplan am 1. Juni.

Die Kohlenlieferung für die sächsischen Staatseisenbahnen ist in den letzten Tagen so herabgegangen, daß die ernstesten Besorgnisse für die Möglichkeit der Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes in dem bisherigen Umfang bestehen. So lange diese Kohlennot anhält, ist es auch nicht möglich, irgend-

welche Wehrleistungen im Zugverkehr zu übernehmen, und es ist daher auch die für den 1. Juni geplante gewisse Einführung eines neuen verbesserten Personenfahrplanes bis auf weiteres ausgeschlossen. Es bleibt daher vorläufig der bisherige Fahrplan in Kraft, der aber auch nur unter der Bedingung beibehalten werden kann, daß in der Kohlenbelieferung keine weitere Verschlechterung eintritt. Unter diesen Umständen wird auch der Zugverkehr bedeutend eingeschränkt werden müssen, da Zugvermehrungen für diese Zeit ebenfalls ausgeschlossen sind. Es liegt daher im eigenen Interesse jedes einzelnen, Neisen, die nicht dringend notwendig sind, jetzt und insbesondere zu Pfingsten zu unterlassen. Weitere Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung zum Zwecke der notwendigen Beschränkung des Personenzugverkehrs sind unter diesen Bedingungen unvermeidbar und werden in den nächsten Tagen bekannt gegeben werden.

### Landarbeiterkonferenz in Bayreuth.

Der Zentralverband der christlichen Gewerkschaften der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter hielt am Sonntag den 25. Mai in Bayreuth eine Konferenz für die organisierten Land- und Forstarbeiter und -arbeiterinnen aus den Bezirken Jützen, Löbau und Bayreuth ab. Die von über 100 Personen besuchte war. Behandelt wurde die Lage der Land- und Forstarbeiterchaft und deren Organisation. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand die Vertretung der anstrebbenden Arbeitsschwerpunkte zwischen Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen in der Landwirtschaft, und ferner der Abschluß von Tarifverträgen. Sie von der Verbandsleitung vorgelegten Pläne für die Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse fanden allgemeine Zustimmung. Der Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter, der dem Gewerkschaftsbund der katholisch-nationalen Gewerkschaften angehört, ist, wurde mit der Vertretung der beruflichen und gewerkschaftlichen Interessen der Landarbeiter gegenüber dem Arbeitgeberverband einstimmig beauftragt. Die Geschäftsstellen des Zentralverbandes in der Lauta befinden sich in Bayreuth, Stötteritzstraße Nr. 13, 21, in Großröhrsdorf i. Sa., Waltersdorfer Str. Nr. 36; in Radebeul i. Amtshauptmannschaft Kamenz Nr. 67.

### Ein Landeskohlenamt.

Die „Sächsische Staatszeitung“ veröffentlicht einen längeren Aufsatz, dem wir folgendes entnehmen:

Nachdem die Feinddeligkeiten beendet worden sind, sind auch die Gründe hinzufolge geworden, die jetzterzt dazu geführt haben, die Kriegsamtstellen mit der Überwachung der Kohlenverförderung für die Industrie zu betrauen. Wenn gibt bei der Entstehung darüber, ob und in welchem Umfang ein industrielles Unternehmen aus dem so dünn und träge fließenden Kohlenquell versorgt werden kann, nicht mehr die Wichtigkeit des Betriebes für die Wirtschaft, sondern seine Bedeutung für den wirtschaftlichen Friederausbau Deutschlands den Ausschlag. Neben die Bedeutung eines Unternehmens unter diesem Gesichtswinkel können aber nicht mehr die auf die Kriegswirtschaft eingestellten, indem ihrer baldigen Auflösung entgegenzuhenden Kriegsamtstellen befinden. Diese Entscheidungen müssen vielmehr die dafür zuständigen Zivilstellen, und zwar in letzter Linie in Sachsen das an die Stelle der früheren Hochabteilung des Ministeriums des Innern getretene Arbeits- und Wirtschaftsministerium für sich in Anspruch nehmen. Deutlich ist geplant, die beiden zuständigen Kriegsamtstellen zurzeit noch bestehenden Kohlenstellen mit der bisher im Arbeitsministerium geführten Abteilung für Haushaltskohlenförderung in einem Landeskohlenamt zu vereinigen und dieses dem Arbeitsministerium anzugehören.

Die beteiligten Kreise dürfen überzeugt sein, daß ihnen jetzt, wo wir hoffentlich vor einem nicht mehr allzu fernen Abbau der Kohlenwirtschaft stehen, nicht noch die Einarbeit in ein neues Nationierungssystem angemessen wird. Die Neuordnung — wenn man überhaupt angesichts des lediglich auf zweckmäßige Zusammenfassung und Angliederung an den gegebenen staatlichen Träger des sächsischen Wirtschaftslebens gehenden Planes von einer solchen sprechen kann — wird sich fast unmerklich und reibungslos vollziehen, wenn, was ohne weiteres angenommen werden kann, die aus den Kriegsamtstellen zu übernehmenden berufenen Persönlichkeiten sich ihrer Pflicht gegen das Gemeinwohl bewußt, weiterhin wie bisher mit gutem Willen und voller Arbeitskraft in den Dienst des Landeskohlenamts treten. Ein Teil der bisher von den Kohlenstellen der Kriegsamtstellen geleisteten Kleinarbeit, insbesondere die Feststellung des wirklichen Kohlenmindestbedarfs der verschiedenen industriellen Betriebe, wird künftig von den hierzu in erster Linie berufenen Gewerbeaufsichtsämtern zu leisten sein, die den festen Unterbau für das Landeskohlenamt bilden müssen. Der Kohlenausgleich Dresden bleibt weiterhin als die Kohlenverteilende Reichsstelle neben dem Landeskohlenamt bestehen.

\* Wie wir hören, wird für die mobile sächsische Brigade Südlitauen sofort ein Kriegsgerichtsamt gesucht. Meldung tunlichst persönlich beim Ministerium für Militärwesen, Justizabteilung, Jägerkorps, Dresden-Alstadt (10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags).

\* Ein Volksschulübergangsgebot soll nach einem Beschlusse des Gesetzgebungsausschusses der Volkskammer von der Regierung im Verordnungsweg eingeführt werden. Der Kammert wird ein entsprechender Antrag zur Beschlussfassung unterbreitet werden.

### Aus Dresden.

\* Lebensmittelbelieferung für die Stadt Dresden siehe „Amtliche Bekanntmachungen“.

### Lebensmittel.

Gierpreise. Der Käufer mit Gütern nimmt seinen Fortgang nach dem Gutachten des Landesfachkulturrates, dem sich das Kriegswirtschaftsamt anschließt.

ent angekündigt hat, ist ein Preis von 10 % für das Öl beim Rohölbelasten angemessen. Es wird von zulässiger Größe darum abgewichen, das in allen Fällen, in denen Rohölbelasten mehr als 50 % für das Öl nehmen und zwar nicht nur dann, wenn sie einen höheren Preis fordern, sondern auch wenn sie ein höheres Gebot des Käufers annehmen, sie mit strenger Bestrafung wegen Widereignung bestrafen. Beliebige Beliebtheitssteuer zu erzielen haben. Händler wie Verbraucher werden daher im Interesse der Allgemeinheit wie auch im eigenen Handeln, wenn sie den Rohölbelastern nicht mehr als bedarf für Öl für ein Öl bieten und zahlen, da sie sonst wegen Anteils zur Ausgabe eines höheren Preises bei der Strafverfolgung ausliegen. So durchweg werden den Beliebtheitsdämmern von den Käufern überlassen bzw. Preis für ein Öl geboten. Darauf wird selbstverständlich der Gierpreis emporgestiegen und hochgehalten.

### Gemeinde- und Vereinsnachrichten

**S Dresden.** Kathol. Arbeiterverein „St. Joseph“. Sonntag, den 1. Juni, Versammlung mit Vortrag des Herrn Oberlehrer Schneider im Vereinssaal Schellenhaus. Anfang 8 Uhr. Ein zahlreiches Frühschoppen wird geboten.

**S Dresden.** Kathol. Bürgerverein. Am Sonntag, den 1. Juni wird die Mitterpredigt nach der um 8 Uhr stattfindenden Beisammensetzung in der Pfarrkirche zu Dresden-N. Alberplatz, Kathol. Kirche zahlreich möglichen für Mitglieder, auch aus den anderen Stadtteilen, dazu einfinden. Besonders aber wären uns in Neustadt noch viele neue Mitglieder willkommen.

**S Dresden-Joh.** Der Kathol. Arbeiterverein „St. Joseph“ hält Sonntag, den 1. Juni, abends 8 Uhr im Vereinssaal Neumarkt Union, Unterkirche 7, eine Monatsversammlung ab. Ein Vortrag hat Herr Kaplan Dr. Kalmbach übernommen. Ein zahlreiches Frühschoppen der Mitglieder und deren Angehörigen wird geboten. Höhe herzig willkommen.

**Strelitz.** Herr Hauptlehrer Heslein, Dresden, wird am Sonnabend, den 31. Mai, abends 8 Uhr in Rausdorf (Klosterröhren) und Sonntags, den 1. Juni, nodum 1/2 Uhr in Königsbrück (Kirchhain) und abends 1/2 Uhr in Ostritz (Gerechtsame) über „Die gegenwärtige Lage unter besonderer Berücksichtigung der Schule“ predigen. Da Herr Heslein vor einigen Tagen an wichtigen politischen Konferenzen im Reichskanzlerium in Berlin teilnahm, ist er über alle brennenden Fragen der Zeit auf beide informiert. Recht zahlreicher Besuch kann nur angelehnzt erhofft werden.

**Zwickau.** Sonntag, den 1. Juni, nachmittags. Ausflug der Jugendvereine nach Dorfmansdorf, abends 8 Uhr, in der „Cagoule“-Gedenkversammlung. — Montag, 3 Uhr nodum, Elsbreibverein, „Casino“.

**S Görlitz.** Das „Kathol. Casino“ veranstaltete am Sonntag, den 24. Mai, eine gut besuchte Versammlung der Gläubiger Katholiken, in welcher Herr Kaplan Dr. Jähne aus Zwickau über die drängenden Schulfragen sprach. In geistvoller Weise zeigte der Redner, wie die Menschheit durch Jahrhunderte gelehrte von den Werken der jüdischen Naturphilosophen zu den Anschauungen Platons und Aristoteles, zu der übernatürlichen Weltanschauung gelangte.

Die Weltanschauung bei noch der Ansicht moderner Lehrer ein überwundener Standpunkt und müßt nach dieser gründlichen Auseinandersetzung wieder der natürlichen Weltanschauung weichen, deren neue Grundlagen die Wissenschaft bilden soll. Redner wies, daß die Ansichten der Wissenschaft wechseln, doch aber die Wahrheit nicht wechseln könne, sie sei von Ewigkeit nur eine und bleibe auch nur eine in der Person des allmächtigen Gottes.

Nadmen der Redner kommt die Voraussetzungen der modernen menschlichen Kunst als falsch und besonders für uns Katholiken ganz unannehmbar dargestellt hatte, wurde an ganz unglaublichen Beispiele gezeigt, in welcher Weise seitens katholischer Lehrer der schlimmste Gewissensdrang auf katholische Kinder und Eltern ausgeübt wird. Z. B. werden in Schweden bei Zwickau die katholischen Kinder gezwungen, während Jugend und Eltern allgemeinen Religionsunterricht zu beitreten, während Jugend und Elitenten befreit werden! Der Unterricht in den oberen Klassen besteht dort in Bibelkunde, die nach der Bibel Luther erzählt wird! Dabei wird das Empfinden der Katholiken aufs schlimmste gefrust. Unter allseitiger begeisterter Zustimmung forderte der Redner dazu auf, das katholische Empfinden zu bewahren und allen derartigen Eingriffen in unsere heiligsten Rechte energisch zu begegnen. Eine entsprechende Resolution, dieflammenden Protest erhebt gegen solche Vorformulare, wurde angenommen und an die Nationalversammlung, die Reichsregierung, die Katholische Volkskammer und das katholische Kultusministerium abgehandelt.

Im weiteren Verlauf des Abends sprach Herr Dr. Wittmann, der als Stadtkorporat in Görlitz mitten im politischen Kampfe steht, die volle Zustimmung zu den Ausführungen des Redners aus und mahnte zu rechter Werbung und Organisationsfähigkeit, zu Energie und Selbstbewußtsein. Auch Herr Gießling als Vorstand des Casinos schloß sich den Worten an. Nach der erhabenden Stimmung des Abends darf das Casino wohl auf günstige Erfolge für die Zukunft hoffen mit dem Ruf: „Katholisches Volk wach auf!“

**Blimbach.** Am Sonntag, den 25. Mai, veranstaltete der katholischen Schulvorstand im biegsigen Kreishaus einen der jüngsten Zeit bringend notwendigen Elternabend, der gut besucht war von den kathol. wie auch von den evangel. Eltern. Herr Oberlehrer Gräf-Götzschel berichtete in eingehender Weise die Kämmlenden über die kathol. Einheitschule. Werner veranschaulichte im Namen der kath. Pfarrgemeinde Ostritz, die auch die Gemeinde Blimbach mit einschließt, Herr San. Pfarrer König-Ostritz das unchristliche Verhalten der katholischen Volkskammer zu dem der Nationalversammlung über Kirche und Schule. Zum Schlus lud der Herr Redner die Anwesenden für nächsten Sonntag nach dem Ostritzer Vereinshaus ein, wo der allseitig bekannte und gewünschte Hauptrednerleiter der „Sächs. Volkszeitung“, Herr Heslein, aber „Die zeitgemäße, politische Lage“ reden wird. Im zweiten Teile des Elternabends erfreuten die biegsigen Schülern ihre Eltern durch die Aufführung der Jahreszeiten, zwei lärmiger Gesang mit Devotionsliedern, die unter Leitung des Herrn Lehrer Scholze und seiner vierjähr. Frau sehr lärmungsvoll und lärmgemäß gesungen wurden. Die hohe Summe der freiwilligen Geldspende zum Befehl eines Schulwüstlings zeugen von der ergreifenden Kinderdarbietung. Nach dem Sonntag, den 1. Juni, nodum 1/2 Uhr erfolgt eine Wiederholung, an Stelle des Vortrages treten mehrere wertvolle Musikkäufe für Violine, Cello und Klavierbegleitung. Eintritt nur 50 Pf.

### Eingesandt

Für diese Rubrik trägt die Redaktion nur die rechtmäßige Verantwortung.

### Wo bleibt die Antwort?

Nachdem drei Wochen seit erscheinen meines „Offenen Briefes“ an jene kathol. Lehrer, welche den Leipziger Thesen über Religion und Schule zuzulassen, in dieser Zeitung veröffentlicht sind, stellt ich folgendes fest: Erstens die heit. Nummer den Herren Lehrern Kosler-Dresden und Wader-Leipzig persönlich zugeladen wurde, ist keine Antwort erfolgt. Herr Kosler sandte die Zeitung ohne Bemerkung zurück, Herr Wader ließ überhaupt nichts von sich hören. Keine Antwort ist auch eine Antwort — katholisches Volk, merk es dir!

Katholisch Kirch. Bürenheim (Bz. Chemnitz).

### Kirchlicher Wochenkalender

**Großröhrsdorf.** 9 Ap. M. Br. S. ab 7 Uhr. Di. u. Do. ab 1/2 Uhr. M. Br. 1/2, Mo. u. Fr. 1/2.

**Königshain.** 7 B. 7 A. 8 B. u. Br. 2 Segenssonntag u. S. S. Br. 7 M. Do. 7 Br.

**Öbba.** (Herrnr. 890). So. 8 B. 7 Sch. 8 Q. u. Br. 2 Segens-S. B. 1/2 W. Begegnungsgelegenheit zu jeder Zeit nach vorheriger Meldung. Taufen So. n. Hauptgottesdienst, wochentags nach Vereinbarung.

Marienhal. So. u. F. u. W. 1/6 M., 9 D., So. u. F. 1/7 M.  
Marienstern. W. 6 M. (nach Möglichkeit). 1/7 Schul-  
eber Segen-W. 1/7 Konventum. Fr. ab 1/8 Feierabend-S. So.  
u. F. M. nach 1/7, kurz nach 9 H. u. W. 1/8 Rosentanz u. W.  
Ginnal im Monat (gewöhnlich 8. So. im Monat) 1/2—1/3 An-  
kündigung, die für März wird über Faschings-Di. 4—5 gehalten, im  
Sommer (nach Ostern bis Ende Sept.) ist die Schul-Segen-W.  
an W. um 6 (um 1/7 ist keine).

Nebelschütz. So. u. F. 6 M., W. 1/6 u. 6 M.  
Neuleutersdorf (Fernspr. 555, Amt Neuleutersdorf). So. u.  
W. 1/8 B. u. R. 9 D. u. W., 2 R. Am 2. So. im Monat u.  
2. Feiertag v. Ostern, Weihnachten 8 in Ebersbach.  
Hotel Stadt Zittau, 1/11 in Neuleutersdorf.

Obersdorf bei Zittau. So. u. F. 1/10 Sing-W., zu den  
3. So. im Monat und den 2. Feiertagen von Weihnachten, Ostern  
u. Pfingsten fällt der Gottesdienst aus. W. 6 M.

Ostritz. 6 R., 1/7 M., 1/8 Sch., 9 Uhr. D. u. W., 2 R.  
W. 1/7 M., 9 D. u. W., 1/8 R.

Ostro. W. 7 M., R. 1/6, So. u. F. 1/8 ab, G. u. R.  
1/7 M., 9 D. u. W., 2 R. So. u. F. u. R. 1/7 fr. bis 8 ab, R.  
jedermann.

Radeberg. 7 Früh-M., Altarrede, 9 Pr., Liturg. Amt, 1/8  
Herrgott.

Ralbitz. So. u. F. 1/6 u. 8 M., 2 R., W. 6 M.

Ratibitz. So. u. F. 1/6 Gottesdienst 1/6, D. u. W., 2 R.

Reichenau. So. u. F. 9 D. u. W., 2 R., W. 8 M., 6.

Ronneburg. 2 So. im Mon. 1/11 D. u. W.

Rosenthal. So. u. F. 6 u. 9 M., Mo. 7 M., G. 8 M.

Sellendorf. 6 M., 9 D. u. W., 2 R., ab 8 R. W. 6 u.  
2 M.

Storcha. So. 1/7 Früh-M., 9 D., W. 1/8 G. u. R.

Stötter. Jeden 2. u. 4. So. 9 M., 2 R., W. 7 M.

Schlegiswalde. So. u. F. 7 M., 1/9 Sch., 1/10 G. u. R.

2 R. W. M. 6 u. 7.

Zittau (Fernspr. 954). So. u. F. 6, M., 1/8 M. mit 1/8  
9 D. u. R. 1/11 Sch. mit Anpf., ab 8 R. mit G., W. 7 u. 8  
M., 8 täglich.

Wittenberg. G. 5 R., So. 1/6 D. u. W., 1/4 Christingleben.  
R. W. Di. u. Do. u. F. 7 M., vor u. nach der M. W., R. ab.  
1/8 R.

Eisenberg. 4. So. im Mon. 1/12 D. u. W.

Schmölz. Am legten So. im Mon. 1/12 D. u. W., die  
anderen So. nur Gottesdienst.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil: Hanschriftiliterarion  
Hoflein; für den Inseraten Teil: Erwin Schön. — Druck und  
Verlag der „Saxonia-Buchdruckerei G. m. b. H.“ zu Dresden.

### Amtliche Bekanntmachungen.

#### Verteilung von ausländischem Schmalz.

§ 1. Auf Abschnitt 1 der grauen Einführzusatzkarte für  
ausländisches Schmalz werden 50 Gramm ausländisches  
Schmalz verteilt.

§ 2. Die Abschnitte sind in einem zum Butter- und Mar-  
garinahandel zugelassenen Kleinhandelsgeschäft am 30. oder 31.  
Mai 1919 anzumelden und vom Geschäftsinhaber in der üblichen  
Weise aufgerechnet und verpackt bei einer der folgenden Meldestellen  
am 2. Juni 1919 abzugeben. Nachmeldungen sind ausges-  
schlossen.

§ 3. Meldestellen sind die Mitglieder der Butter- und Margar-  
inahandelsgesellschaft und zwar die Namen:

Otto Anders, Weitzerstraße 88,  
Georg Münnich, Grunaer Straße 31,  
Albert Rentner, Könneritzstraße 21,  
Gustav Rickmann, Schäferstraße 8,  
Giedmak & Sohn, Weitzerplatz 10/12,  
Verkaufsverband Norddeutscher Molkereien, Quer-  
allee 17,

Den 12/18. Weihfesttag befindet sich vom 30. Mai 1919 ab  
nicht mehr Dohnaer Straße 16, sondern in der kleinen Schul-  
baracke der 23. Bezirksschule, Möckriger Straße 19, Ein-  
gang durch den Hof.

Dresden, am 28. Mai 1919. Der Rat zu Dresden.

#### Verteilung von a. Kartoffeln und b. Kartoffel- walgemehl an Stelle von Kartoffeln.

Für das Gebiet der Stadt Dresden wird für die Woche vom  
1. bis 7. Juni 1919 folgendes bestimmt:

1.

§ 1. Es werden beliebt:

die Wochentkartoffelkarten A und B (Nummer 1 der Sammel-  
karte 1.—7. Juni 1919) mit je 3 Pfund Kartoffeln.

§ 2. Vereinsplakette, militärische Genesungsheime, Wasen-  
quartiere, Krankenhäuser und Kliniken erhalten Kartoffelbezugscheine  
in Höhe von drei Pfund für jede zu versiegende Person.

§ 3. Militärkrautkäse-Lebensmittelpakete, sowie Kartoffel-  
karten für Kräfte aus mit den durch sie nachgewiesenen Kartoffel-  
mengen, Binnenländer-Lebensmittelpaketen nach dem Satz von 5 Pf.  
pro Kopf und Woche zu beliefern.

§ 4. Gattwirtschaften, Schank- und Speisewirtschaften, Freuden-  
häuser, Kantine und bezgleichen erhalten Kartoffelbezugscheine über

§ 4. Der Verkauf erfolgt am 6. und 7. Juni 1919.  
Die Abgabe vor diesem Zeitpunkt ist ungültig.  
§ 5. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt  
für 50 Gramm 48 Pf., für ein Pfund 6,80 M.  
§ 6. Zuüberhandlungen werden auf Grund der Bundesrats-  
verordnung vom 26. September 1915 bestraft. Die Bestimmungen  
in § 4 der Bekanntmachung vom 16. November 1918 bleiben in Kraft.  
Dresden, am 28. Mai 1919. Der Rat zu Dresden.

#### Verteilung von Marmelade.

§ 1. Auf Ausweis „300“ der Lebensmittelkarte (11. Mai bis  
7. Juni 1919) wird ein halbes Pfund Marmelade verteilt.

§ 2. Krankenhäuser und Kliniken erhalten beim Weihfesttag für  
Kräfte aus dem Heilstande Bezugscheine über je ein halbes Pfund  
Marmelade für jedes belegte Bett.

§ 3. Die Kuszwelle und Bezugsscheine sind in einem Klein-  
handelsgeschäft am 30. oder 31. Mai anzumelden und vom Ge-  
schäftsinhaber in der bisherigen Weise aufgerechnet und verpackt der  
zuständigen Meldestelle am 2. oder 3. Juni 1919 abzugeben.  
Nachmeldungen sind ausgeschlossen.

§ 4. Meldestellen sind eingerichtet:

a. für die Großbetriebe des Kleinhandels, die Mitglieder der Ge-  
sellschaftsgesellschaft Dresden Kolonialwarenhändler m. b. H. in  
Dresden und die Mitglieder des Einkaufsvereins Dresden Ko-  
lonialwaren- und Produktenhändler in Dresden

die wiederholt bekanntgegebenen Stellen,

b. im übrigen die Firmen:

Wachs & Höhne, Wallgäßchen 4,  
Nostack & Waldamus, Kleine Posthofstraße 3, Framann & Co.,  
Königstraße 6, Schlegel & Dreher Nach., Bankasse  
Straße 3, Merbitz & Mehlert, Dienststraße 11, Bruno R.  
Hoffmann, Wintergartenstraße 72, Arthur Elster, Ludwig-  
straße 5, Richard Ehleme, Kaiserstraße 1, J. M. Schmidt  
& Co., Neumarkt 12, Otto Kormann, Kirchstraße 20, Julius  
Weiß, Königstraße 9, Holm Kumpo, Poliphilusstraße 2.

§ 5. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor  
dem 6. Juni 1919 erfolgen.

§ 6. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt  
1,80 M. für das Pfund.

§ 7. Zuüberhandlungen werden auf Grund der Bundesrats-  
verordnung vom 26. September 1915 bestraft. Die Bestimmungen  
in § 4 der Bekanntmachung vom 16. November 1918 bleiben in Kraft.  
Dresden, am 28. Mai 1919. Der Rat zu Dresden.

§ 8. Mit Wochensatz bereitgestellt.

a. für die Großbetriebe des Kleinhandels, die Mitglieder der Ge-  
sellschaftsgesellschaft Dresden Kolonialwarenhändler m. b. H. in  
Dresden und die Mitglieder des Einkaufsvereins Dresden Ko-  
lonialwaren- und Produktenhändler in Dresden

die wiederholt bekanntgegebenen Stellen,

b. im übrigen die Firmen:

Wachs & Höhne, Wallgäßchen 4,  
Nostack & Waldamus, Kleine Posthofstraße 3, Framann & Co.,  
Königstraße 6, Schlegel & Dreher Nach., Bankasse  
Straße 3, Merbitz & Mehlert, Dienststraße 11, Bruno R.  
Hoffmann, Wintergartenstraße 72, Arthur Elster, Ludwig-  
straße 5, Richard Ehleme, Kaiserstraße 1, J. M. Schmidt  
& Co., Neumarkt 12, Otto Kormann, Kirchstraße 20, Julius  
Weiß, Königstraße 9, Holm Kumpo, Poliphilusstraße 2.

§ 9. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor  
dem 6. Juni 1919 erfolgen.

§ 10. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt  
60 Pf. für 1 Pfund Kartoffelwalgemehl.

§ 11. Zuüberhandlungen werden auf Grund der Bundesrats-  
verordnung vom 26. September 1915 bestraft. Die Bestimmungen  
in § 4 der Bekanntmachung vom 16. November 1918 bleiben in Kraft.  
Dresden, am 28. Mai 1919. Der Rat zu Dresden.

die von den Betriebshabern abgelieferten Abschnitte der Kartoffelkarte, Fremdenhäuser und Bahnhofswirtschaften überdies über  
die an Fremde abgegebenen Kartoffelmengen nach dem in § 1 be-  
stimmten Satz ausgestellt.

§ 12. An Stelle der ausfallenden Kartoffeln werden auf Ab-  
schnitt 2 der gelben Kartoffelsatzkarte B (1/6—19/7, 1919)

200 g Kartoffelwalgemehl bereitgestellt.

§ 13. Vereinsplakette, militärische Genesungsheime, Wasen-  
quartiere, Krankenhäuser und Kliniken erhalten, soweit sie nicht an  
Landeskartoffelsatzkarte mit Kartoffeln eingedeckt sind, beim Weihfesttag  
Bezugsscheine über je 280 g Kartoffelwalgemehl für jede zu versiegende  
Person.

§ 14. Die Abschnitte und Bezugsscheine sind in einem Klein-  
handelsgeschäft am 30. oder 31. Mai 1919 anzumelden und von  
Geschäftsinhaber in der bisherigen Weise aufgerechnet und verpackt der  
zuständigen Meldestelle am 2. Juni 1919 abzugeben. Nachmel-  
dungen sind ausgeschlossen.

§ 15. Mit Wochensatz bereitgestellt.

a. für die Großbetriebe des Kleinhandels, die Mitglieder der Ge-  
sellschaftsgesellschaft Dresden Kolonialwarenhändler m. b. H. in  
Dresden und die Mitglieder des Einkaufsvereins Dresden Ko-  
lonialwaren- und Produktenhändler in Dresden

die wiederholt bekanntgegebenen Stellen,

b. im übrigen die Firmen:

Wachs & Höhne, Wallgäßchen 4,  
Nostack & Waldamus, Kleine Posthofstraße 3, Framann & Co.,  
Königstraße 6, Schlegel & Dreher Nach., Bankasse  
Straße 3, Merbitz & Mehlert, Dienststraße 11, Bruno R.  
Hoffmann, Wintergartenstraße 72, Arthur Elster, Ludwig-  
straße 5, Richard Ehleme, Kaiserstraße 1, J. M. Schmidt  
& Co., Neumarkt 12, Otto Kormann, Kirchstraße 20, Julius  
Weiß, Königstraße 9, Holm Kumpo, Poliphilusstraße 2.

§ 16. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor  
dem 6. Juni 1919 erfolgen.

§ 17. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt  
60 Pf. für 1 Pfund Kartoffelwalgemehl.

§ 18. Zuüberhandlungen werden auf Grund der Bundesrats-  
verordnung vom 26. September 1915 bestraft. Die Bestimmungen  
in § 4 der Bekanntmachung vom 16. November 1918 bleiben in Kraft.  
Dresden, am 28. Mai 1919. Der Rat zu Dresden.

**Sicher gestellte Fleischmengen**  
im Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt  
in der Woche vom 26. Mai bis 1. Juni 1919.

für die Woche vom 26. Mai bis 1. Juni werden im amts-  
hauptmannschaftlichen Bezirk sichergestellt:

a) für Personen über 6 Jahren: 180 g Fleisch- oder Ge-  
frierfleisch,

b) für Personen unter 6 Jahren: 75 g Fleisch- oder Ge-  
frierfleisch.

Als Ertrag für die ausfallende Fleischmenge werden in der  
folgenden Woche für Personen über 6 Jahren 80 g Graupen  
und für Personen unter 6 Jahren 15 g Graupen bereit.

Dresden-Alstadt, den 22. Mai 1919.

**Die Amtshauptmannschaft.**

**Viehlisten.**  
Im Anschluß an die vom Ministerium des Innern erlassene  
Verordnung vom 15. August 1918, Viehlisten betreffend (Sächsische  
Staatszeitung vom 16. August 1918) wird für den Bezirk der Amts-  
hauptmannschaft Dresden-Alstadt folgendes ergänzend bestimmt:

1. Die Listenführung hat sich auch auf Schafe und Ziegen  
zu erstreden.

2. Die Viehlisten sind nach dem vorgeschriebenen Vorbrücke  
zu führen.

3. Die Aufbewahrung der zu führenden Listen hat bei den Ge-  
meindebehörden zu erfolgen, jedoch sind sie den mit der Überprüfung  
der Viehstände beauftragten Personen auf deren Verlangen auf kurze  
Zeit gegen Entzapfungserlaubnis auszuhändigen.

4. Die Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Dresden-  
Alstadt vom 27. August 1918 wird hiermit außer Kraft gesetzt.  
Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt,  
am 27. Mai 1919.

### Heirat.

Strehmter Geschäftsmann, 89  
Jahre alt, gesund und kräftig,  
wünscht mit annähernd Fräulein  
(fach.) in Verbindung zu treten,  
als das Heirat. Diskretion Exem-  
plare. Offerten unter F. S. 1883  
Dresden Hauptpostlager d. erb

**Sächsische  
Staats-Lotterie**  
Ziehung 1. Klasse  
**18. u. 19. Juni 1919**  
110000 Lose, 5500 Gewinne  
im Betrage von

**20801000**

Hauptpreis evtl.

**800000**

spez. all.